

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band IV

Vom souveränen Deutschen Reich zur fremdbestimmten Kolonie der USA

Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland

Band IV/034

Zusammenfassung des NWO-Geheimprojektes "Versklavung und Vernichtung Deutschlands", Teil 1

Ohne Wahrheit gibt es keine Sicherheit und keinen Bestand. Fürchtet es nicht, wenn die ganze Meute aufschreit. Denn nichts ist auf dieser Welt so verhaßt und gefürchtet wie die Wahrheit. Letzten Endes wird jeder Widerstand gegen die Wahrheit zusammenbrechen wie die Nacht vor dem Tag.

Theodor Fontane (1819-1898, deutscher Dichter)

Inszenerung des Ersten Weltkrieges: Bis zum heutigen Tag behauptet das Meinungskartell der Mainstream-Historiker, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges tragen würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund. Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches und zur Entstehung beider Weltkriege.

Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA duldeten keinen weiteren Konkurrenten. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Ausbruch des Ersten Weltkrieges: Am 28. Juni 1914 fiel der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo - seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert - einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau wurden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen. Der Attentäter Gavrilo Princip handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Schwarze Hand", die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde.

Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.

Fehlende US-Neutralität: Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte im Jahre 1916: Nach der Eroberung

Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.

Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68).

Kriegseintritt der USA: Nach der Versenkung mehrerer US-Schiffe, führte der deutsche U-Boot-Krieg schließlich am 6. April 1917 zum US-Kriegseintritt.

Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde.

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen. Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen.

Balfour-Deklaration: Am 2. November 1917 erteilte der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) Lord Rothschild bzw. dem jüdischen Politiker Chajim B. Weizmann (1874-1952, ein Führer der zionistischen Organisation) eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

Russische Oktober-Revolution 1917: Am 6. November 1917 wurde die russische Kerenski-Regierung durch die Bolschewisten (Kommunisten) gewaltsam gestürzt. An der russischen "Oktober-Revolution" von 1917 (der westliche gregorianische Kalender wurde erst im Februar 1918 in Rußland eingeführt) waren zahlreiche jüdische Revolutionäre maßgeblich beteiligt und besetzten entscheidende Positionen. Zu ihnen gehörten z.B. (x043/346): Leo Trotzki (1879-1940, ermordet), Grigorij Sinowjew (1883-1936, hingerichtet) und Lew Kamenew (1883-1936, hingerichtet, enger Mitarbeiter Lenins).

Die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland im Jahre 1917 wurde maßgeblich durch das globale Terrorimperium geplant, organisiert, finanziert und durchgeführt Lenin und Trotzki, die Hauptanführer der russischen Revolution, waren nicht nur fanatische Kommunisten, sondern auch leidenschaftliche Freimaurer. Sie gehörten dem 33. Freimaurergrad des sog. Schottischen Ritus an. Leo Trotzki (ein herausragender Redner und Schriftsteller, der u.a. auch die US-Darlehen weiterleitete) gründete und führte später die Rote Armee.

Die Bolschewisten wurden damals durch US-Banken (wie z.B. durch die New Yorker Bankhäuser Kuhn, Loeb & Co., Warburg und andere) finanziell unterstützt.

Lenin ließ am 17. Juli 1918 den letzten russischen Zaren Nikolaus II. Alexandrowitsch Romanow (1868-1918) mit seiner gesamten Familie in Jekaterinburg erschießen (x080/178), um eine Wiedererrichtung des russischen Zarenreiches auszuschließen.

Rußland wurde danach von 1918-20 durch einen verheerenden Bürgerkrieg verwüstet. Wäh-

rend des russischen Bürgerkrieges bekämpften sich die Truppen der "Roten Armee" und der "Weißen Armee" mit gnadenloser Härte. Der angebliche Kampf der Freimaurer um Freiheit, Gleichheit, Humanität, Brüderlichkeit und Toleranz für alle Menschen forderte allein während des russischen Bürgerkrieges von 1918-20 mindestens 6,0 Millionen Todesopfer (x076/287).

Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918: Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten.

Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 ungeachtet des Waffenstillstandsabkommens die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186).

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Deutschland zählte danach zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden bzw. zu den Staaten ohne Selbstbestimmung.

Verluste des Ersten Weltkrieges: Nur weil das globale Terrorimperium die NWO-Weltdiktatur anstrebte, mußten infolge des Ersten Weltkrieges mindestens 18 Millionen Menschen sterben, darunter waren etwa 1,8 Millionen deutsche Soldaten und 1,1 Millionen deutsche Zivilisten.

Gründung der "Weimarer Republik": Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Am 10. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.

Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet. Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert.

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat, denn die Siegermächte hatten Deutschland militärisch, wirtschaftlich und politisch ausgeschaltet. Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt

zu treten.

Unruhen und Aufstände: Am 5. Januar 1919 entschlossen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angriffen, ließ der SPD-Politiker Gustav Noske, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps, Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen. Im Verlauf des Spartakusaufstandes kamen etwa 1.200 Menschen um (x122/433).

Am 8. März 1919 wurde der Generalstreik in Berlin und in Thüringen nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die gnadenlosen Kämpfe forderten etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

Nach monatelangen schweren Kämpfen - mit über 3.000 Toten - setzten sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlugen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).

Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen.

Versailler Friedensvertrag: Aufgrund der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag".

Infolge der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung - wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648 - der menschenverachtenden Gewalt beugen. Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war zweifelsfrei ein hinterhältiger Gewaltakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA (Ziele: Ausschaltung der "aufmüpfigen" deutschen Industrie- und Wirtschaftsmacht, Durchsetzung von gewaltsam erpreßten, ungerechten "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc., die zwangsläufig zu einem erneuten Krieg führen mußten). Ohne die heimtückischen Maßnahmen und katastrophalen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es sicherlich keinen Zweiten Weltkrieg gegeben.

Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc. unwirksam, so daß die Grenzen des Deutschen Reiches völkerrechtlich unverändert blieben.

Gründung des Völkerbundes: US-Präsident Thomas Woodrow Wilson konkretisierte am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident forderte damals einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbestimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgarantie, anstelle der bisherigen Bündnisse (x041/180).

Am 28. April 1919 wurde die Satzung des Völkerbundes durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und schließlich am 28. Juni 1919 von den Gründerstaaten unterzeichnet. Sie wurde damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.

Der 1919 gebildete Völkerbund war zweifelsfrei indirekt eine freimaurerische Gründung, denn die Leitsätze für den 1919 gegründeten Völkerbund wurden auf dem Freimaurerkongreß im Jahre 1917 in Paris angenommen und verabschiedet.

Der Völkerbund nahm seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wurde ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Die USA, die Sowjetunion und alle Verlierer des Ersten Weltkrieges waren keine Völkerbundsmitglieder. Nordamerika blieb dem Völkerbund auch später fern und schloß mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separatfrieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entließ.

Das Deutsche Reich und die Sowjetunion wurden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völkerbundes wurde, konnte sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Die mächtigsten Mitglieder des Völkerbundes waren damals die Siegermächte England und Frankreich, die jedoch weiterhin alle wesentlichen Nachkriegsprobleme direkt mit den betroffenen Nationen aushandelten. Der Völkerbund war zunächst nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungssystem mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.

Der Völkerbundsrat konnte Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig fassen. Durch die Koppelung mit den "Friedensverträgen 1919/20" und wegen des Prinzips der Einstimmigkeit konnte man die bisherige traditionelle Bündnis- und Geheimpolitik der einzelnen Regierungen natürlich nicht verhindern.

Der Völkerbund war in den ersten Jahren hauptsächlich für die Durchführung und Überwachung der Pariser Friedensverträge zuständig (Aufsicht über Danzig, Memelland, Kontrolle der Mandatsgebiete, Verwaltung des Saargebietes, Durchsetzung der Minderheitenschutzrechte usw.). Der Völkerbund gewährleistete weder den Minderheitenschutz noch überwachte er die Einhaltung der Friedensverträge (falls es sich um die berechtigten Interessen der "Verlierer" handelte). US-Präsident Warren Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident der USA) erklärte bereits im Jahre 1921, daß der Völkerbund ein Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei (x054/190).

Bis 1939 traten 14 der 63 Mitgliedstaaten aus dem Völkerbund aus. Der Völkerbund war später auch nicht in der Lage, Japan (Einfall in die Mandschurei im Jahre 1931) sowie Italien (Überfall auf Abessinien im Jahre 1935) zu stoppen und konnte die verbrecherischen Diktatoren Hitler und Stalin ebenfalls nicht in die Schranken weisen.

Der erfolglose Völkerbund wurde schließlich am 18. April 1946 durch Beschluß der Völkerbundsversammlung aufgelöst.

Sieger und Verlierer des Ersten Weltkrieges: Die Vereinigten Staaten von Amerika, die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner der traditionellen europäischen Kapitalexporthänder Deutsches Reich, Frankreich und England waren, entwickelten sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger". Nach den "Friedensverträgen" trieb Nordamerika die britischen und französischen Kriegsschulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen mußte. Das finanzielle Zentrum der Welt verlagerte sich von London nach New York. Europa verlor danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickelten und bis 1937 strikt an der US-Isolationspolitik festhielten. Von 1919-39 steigerte Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).

England und Frankreich kämpften vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung, obwohl Frankreich nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches Syrien und den Libanon erhielt und England die wichtigsten Ölquellen im Nahen Osten ausbeuten durfte - außer Saudi-Arabien - dort gingen die Nordamerikaner auf Ölsuche.

Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg zerschlugen die NWO-Strategen die einst mächtigen

gen europäischen Kaiserreiche Deutsches Reich, Rußland und Österreich-Ungarn sowie das Osmanische Reich. Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich, Österreich, Bulgarien, Ungarn und mit dem Osmanischen Reich veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen. Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, das Königreich Jugoslawien sowie Armenien.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

In folgenden Ländern wurden von 1917-1936 totalitäre Diktaturen errichtet, die alle politischen Gegner verfolgten und meistens jede Art von Presse-, Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewaltsam unterdrückten: Sowjetunion (1917/21), Ungarn (1920), Italien (1922), Bulgarien, Spanien und Türkei (1923), Albanien (1925), Polen, Portugal und Litauen (1926), Jugoslawien (1929), Rumänien (1930), Deutschland und Österreich (1933) Estland und Lettland (1934) sowie Griechenland (1936).

Besetzung des Ruhrgebietes: Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte, marschierten am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein - später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf.

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach nach der Besetzung des Ruhrgebietes ein Sturm der Entrüstung los.

Nach der Besetzung des Ruhrgebietes verkündete Reichskanzler Wilhelm Cuno am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verließen Paris und Brüssel. Im Ruhrgebiet versenkte man später vielerorts Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengte Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlelieferungen wurden eingestellt. Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kamen später mindestens 132 Deutsche um.

Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen brach die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnten diese Entscheidung ab.

Als der deutsche Reichskanzler Gustav Stresemann den Widerstand abbrechen ließ, protestierte die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Der bayerische Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr forderte, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.

Inflation: Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachten, brach im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation.

Die Druckereien und Papierfabriken stellten pausenlos neue Banknoten her und die Preise kletterten auf astronomische Höhen. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100 % (x149/42).

Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose.

Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld

und wurden mit einem Schlag bettelarm. Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten - darunter waren auch zahlreiche Juden - und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

Deutsche Ostpolitik (1919-1933): Stanislaw Grabski, ein führender nationaldemokratischer Politiker, forderte im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neu-erworbenen polnischen Gebieten müßte man die fremden Elemente auf 1,5 % herabdrücken - die Deutschen stellten damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung (x025/42). Der polnische Staatsrechtler Kutrzeba schloß Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).

Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertlang erbittert gekämpft hatte.

Ogleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deutschen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.

Die "Goldenen Zwanziger Jahre": Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands - überwiegend durch US-Anleihen - finanziert.

Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude, dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dummliche Selbsttäuschung geprägt wurde. Während sich die Schickleria der großen "Welle der Begierde" und "dem Tanz auf dem Vulkan" hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebungen von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Reparationszahlungen: Während der Konferenz von Paris im Januar 1921 forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten. Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85). Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit

großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen. Am 29. August 1924 nahm der Reichsrat gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren waren.

Mit Hilfe des Dawes-Planes sollten die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden. Das Deutsche Reich mußte die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/-44). Die deutsche Reichsbank wurde außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes im Jahre 1929 unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

Die völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit.

Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.

Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz wurde am 7. Juni 1929 der Young-Plan veröffentlicht. Das Deutsche Reich sollte danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

Weltwirtschaftskrise: Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein.

Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Förderung Adolf Hitlers durch die Wall Street: Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziert wurden.

Obwohl Hitlers Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung des Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziell unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger den Zweiten Weltkrieg zu beginnen und die totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.

Ende der Weimarer Republik: Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld

für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen. Vor allem die Schlägertruppen der SA und des Rotfrontkämpferbundes lieferten sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gab.

Infolge der dramatischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage war Hitlers Zeit endlich gekommen. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen.

1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.

Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschten, wurden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt.

Im Winter 1931/32 richtete man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbrachte Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.

Am 15. Februar 1932 waren im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg - mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung - beseitigen bzw. absetzen ließ.

Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Aufgrund der verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden".

Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei. Die Kommunisten errangen 89 Mandate, die SPD 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

Reichspräsident Hindenburg lehnte den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nannte, jedoch weiterhin entschieden ab.

Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 Mandate bzw. 33,1 % von 584 Sitzen.

Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler: Obwohl der rechte Zentrumspolitiker Franz von Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen) vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten.

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler.

Während der Vereidigung zum Reichskanzler gab sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigte sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobte feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete Hindenburg gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).

Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man endlich die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos. Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands begann nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 und wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

NS-Staatsstreich: Als der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand setzte, nutzte Hitler den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten. In der Nacht des Bran-

des und am nächsten Tag wurden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD wegen angeblicher "kommunistischer Rebellion" indirekt verboten.

An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.

Am 28. Februar 1933 genehmigte Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung - sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzte wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft, wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprecheheimnis, persönliche Freiheiten.

Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängte Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltete bereits indirekt das Parlament aus und übernahm im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten wurden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.

Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit - fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter - "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" - DNVP = 8,0 % - die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA-Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" - sogenanntes "Ermächtigungsgesetz" - zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte, ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.

Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.

Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmten die 73 Abgeordneten des Zentrums wegen Hitlers mündlicher Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat

völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

"Wilde SA- und SS-Lager": Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager, in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten. Im März 1933 ließ Himmler bei Dachau in Oberbayern und in Oranienburg in der Provinz Brandenburg die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" in leerstehenden Fabriken oder Lagerhallen errichten.

Später inhaftierte man auch Kriminelle, wie z.B. Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, "Vorbeugungshäftlinge" und "Volksschädlinge", wie z.B. "Arbeitsscheue", Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zigeuner und andere, in den NS-Konzentrationslagern. Politische Häftlinge und kriminelle Elemente wurden ab 1938 nicht mehr getrennt, sondern bewußt vermischt.

NS-Konzentrationslager: Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern. Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".

Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

NS-Polizei- und Terrorstaat: Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring, der eigentliche Gründer der geheimen Staatspolizei, und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei. Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden - außer UdSSR - in den Schatten stellte.

Seit April 1933 führte der SS-Staat in "Nacht- und Nebelaktionen" unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" - Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner - fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.

Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an den Reichsführer SS Heinrich Himmler übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluge, der Leiter der Ordnungspolizei. Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten, entwickelte in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.

Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden - Internierung, Folter oder Mord - wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht

gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.

Die Hauptaufgabe der Gestapo war es, politische Gegner und verdächtige Personen zu bespitzeln, zu verhaften und mit brutalsten Foltermethoden Geständnisse zu erpressen. Die Gestapo hatte gegenüber der Ordnungspolizei Weisungsrecht und wurde nicht durch Staatsanwälte der Justiz überwacht. Die Gestapo "korrigierte" sogar oftmals zu milde Gerichtsurteile und führte eigenhändige Verurteilungen sowie Hinrichtungen ohne offizielle Gerichtsverfahren durch. Solange die Gestapo den Willen des Führers durchsetzte, war jede Handlung legal. Die SS-Geheimpolizei wurde schon bald im gesamten Deutschen Reich gefürchtet.

Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei, der Sicherheitsdienst und die SIPO gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.

Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.

NS-Gleichschaltung: Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten - gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums. In allen Ländern waren danach NS-Reichsstatthalter für die Durchführung der NS-Richtlinien verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig waren, konnten sofort entlassen werden.

Am 2. Mai 1933 ließ Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser wurden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen. Die Gewerkschaften wurden später in der NS-Zwangorganisation "Deutsche Arbeitsfront" (1934) zusammengefaßt. Danach übernahm die NSDAP auch die "gleichgeschalteten" 200 Arbeitgeberverbände und 48 Handelsvereinigungen.

Am 10. Mai 1933 ließ Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen. Die Polizei- und SA-Einheiten umstellten damals vielerorts komplette Gebäudekomplexe und durchsuchten alle Räume nach Waffen und "staatsfeindlichen Schriften".

Bis Ende Juni 1933 ließ Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen, wie z.B. die SPD am 22.06.1933.

Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).

Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.

Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter

sowie NS-Blockwarte - ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block - das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter - "Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen - führte z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.

Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt.

Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstigen Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".

Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.

Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden leisten.

Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.

Emigration oder Widerstand: Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf. Tausende von Widerstandskämpfern aus allen Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes (Politiker, Diplomaten, Geistliche, Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Studenten und Offiziere) sahen damals nicht tatenlos zu, wie die NS-Terroristen die Freiheit und das Recht mit Füßen traten und verhöhn-

ten. Die meisten deutschen Widerstandskämpfer stellten Adel und politische Gesellschaftskreise, aber auch viele evangelische und katholische Geistliche zählten zu den Gegnern des NS-Regimes. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.

In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.

In den Jahren 1933 bis 1935 flohen etwa 6.000-8.000 Kommunisten, 5.000-6.000 Sozialdemokraten, 2.000 Pazifisten und Demokraten sowie 2.000 Personen unterschiedlicher politischer Richtungen aus dem Deutschen Reich (x149/81).

Diese angeblichen "Widerstandskämpfer" waren damals nicht bereit, ihre Ehre, Gesundheit oder ihr Leben für den Freiheitskampf der Deutschen zu gefährden bzw. zu opfern. Zu diesen angeblichen "Widerstandskämpfern" zählten z.B. Willy Brandt, eigentlich Herbert Frahm; emigrierte im April 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, Herbert Wehner floh 1935 nach Schweden und später nach Moskau, Walter Ulbricht, emigrierte ebenfalls schon 1933 und traf 1938 in Moskau ein.

Obleich die deutschen Widerstandsbewegungen völlig allein gegen das hoffnungslos überlegene NS-System kämpfen mußten, gaben die entschlossenen Widerstandskämpfer den Freiheitskampf niemals auf. Trotz der großen Gefahr verübten deutsche Widerstandskämpfer seit 1933 fast 4 Dutzend Anschläge auf Hitler, die jedoch vielfach durch seltsame Ereignisse oder äußerst unglückliche Umstände scheiterten (x023/335).

Nur sehr wenige ehemalige demokratische Politiker der Weimarer Republik, wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Kurt Schumacher und andere, leisteten damals im Inland aktiven Widerstand.

Da es während der NS-Diktatur keinen ungefährlichen Widerstand gab, sondern höchstens nur Märtyrertum und Todesgefahr, entschlossen sich die meisten prominenten Politiker, Literaten und Akademiker zur Emigration.

NS-Innen- und Außenpolitik: Am 16. März 1935 wurde die Reichswehr in "Wehrmacht" umbenannt.

Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbündeten sich gegen das NS-Regime und schlossen entsprechende Militärabkommen.

Am 7. März 1936 ließ Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und brach damit die bestehenden Friedensverträge - einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung. Angesichts der eigenen militärischen Schwäche erteilte Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärexperten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestierten zwar, verhängten jedoch keine weiteren Sanktionen.

Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärkten Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.

Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnete im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa". Für den britischen Ex-Premierminister David Lloyd George war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).

Adolf Hitler (1889-1945), der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Der selbsternannte NS-Führer zählte von 1933-1945 zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten schließlich zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Hitler erteilte am 11. März 1938 den Geheimbefehl "Unternehmen Otto", militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen.

Der österreichische Bundeskanzler Seyß-Inquart forderte am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen. Der deutsche Einmarsch entwickelte sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschierten damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.

Hitler hielt bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfing Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubelten

Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"

Der Anschluß Österreichs wurde am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen waren für den Anschluß und stimmten mit "Ja" (x032/438).

Eine britische Friedensmission traf am 3. August 1938 in der CSR ein.

Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reiste vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen. Hitler forderte Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen.

Infolge der Unruhen im Sudetenland ließ Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.

Die Briten und Franzosen akzeptierten Hitlers Forderungen und vereinbarten schließlich am 29./30. September 1938 während der Konferenz in München, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen. Die CSR mußte die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhielt Sicherheitsgarantien der Großmächte.

Der Frieden war scheinbar gerettet, denn Hitler beteuerte, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen würde. In München fanden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiteten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern.

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938, wie z.B. die "Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes", herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.

Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 sogar zum Mann des Jahres (x268/50).

Deutsch-polnischer Krieg: Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarteten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" im September 1938 noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiteten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.

Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Der britische Ministerpräsident Neville Chamberlain gab der polnischen Regierung am 31. März 1939 die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x041/97, x069/175).

Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck mit der englischen Regierung

einen Beistandspakt.

Der sowjetische Botschafter leitete am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen über einen britisch-französisch-sowjetischen "Dreibund". Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen, wie z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien, so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176). Stalin setzte das "geheime Doppelspiel" danach jedoch noch monatelang fort (x041/97).

Außenminister Beck führte am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit einer französischen Regierungsdelegation.

Das britische Parlament ordnete am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.

Hitler kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffpakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wurde klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartete und Kriegsvorbereitungen traf (x104/277).

Das polnische Innenministerium erteilte am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.

Am 13./14. Mai 1939 verursachte ein "Deutschenpogrom" in Tomaschow bei Lodz eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

Die französisch-britischen Garantieerklärungen vom 31. März 1939 förderten den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelte. Nicht wenige Polen feierten bereits ihr polnisches Großreich. Die polnischen Nationalisten schätzten das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie hielten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprachen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).

Am 24. Juli 1939 wurde ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag trat jedoch nicht in Kraft, weil Stalin später entschied, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen (x041/98).

Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" veröffentlichte im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beanspruchte (x025/178).

Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).

Am 19. August 1939 gewährte die französische Regierung Polen einen Rüstungskredit.

Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag. Stalin, der spätestens seit 1937 fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" rechnete, hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.

Stalin - "der lachende Dritte" - kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde (x090/279).

Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen vom 1.09.1939 war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbstzerfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.

Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den

deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab - "die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos".

Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939: Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94).

Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).

Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).

Nach dem deutsch-polnischen Krieg unterstützte Nordamerika etwa seit Oktober/November 1939 die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wurde, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.

Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg: Stalin wurde am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105). Stalin lehnte Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab. Für Stalin war die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigte unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen. Zu diesem Zeitpunkt war die Rote Armee außerdem noch nicht kriegsbereit.

Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien verstärkten später die deutsch-sowjetischen Spannungen. Hitler geriet gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).

Hitler unterzeichnete schließlich am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79).

Stalin informierte die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).

Der deutsche Journalist und Geheimagent Richard Sorge informierte die Sowjets bereits Anfang Mai 1941 über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Sorge verschätzte sich bei dem voraussichtlichen deutschen Angriffstermin nur um 2 Tage (x030/327).

Ab Mai 1941 verlagerte die UdSSR in den folgenden 3 Monaten etwa 1.360 Betriebe aus den kriegsbedrohten Gebieten nach Sibirien und errichtete dort nach dem deutschen Überfall vom 22.06.1941 weitere 2.250 Betriebe (x074/1.143).

Generalfeldmarschall Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, warnte am 11. Juni 1941 das NS-Regime vor einem baldigen Angriff der Roten Armee.

Deutsch-sowjetischer Ostkrieg 1941/42: Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 - Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet. Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.

Die Wehrmacht griff mit 152 Divisionen, 3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzern und 7.200 Geschützen an. Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügten über 1.280 einsatzbereite Kampflugzeuge (x040/78-79).

Die deutsche Wehrmacht setzte damals 3 Heeresgruppen ein:

Der Angriff der Heeresgruppe Nord - Führung: Generalfeldmarschall von Leeb - erfolgte aus

Ostpreußen in Richtung baltische Länder und Leningrad.

Der Angriff der Heeresgruppe Mitte - Führung: Generalfeldmarschall von Bock - erfolgte aus Ostpreußen in Richtung nördliches Generalgouvernement und Moskau.

Der Angriff der Heeresgruppe Süd - Führung: Generalfeldmarschall von Rundstedt - erfolgte aus dem südlichen Generalgouvernement in Richtung Kiew - Dnjeprbogen.

Nach Hitlers Plänen sollte der Rußlandfeldzug höchstens 5 Monate dauern. Die deutsche Wehrmacht wurde zunächst von der 3. und 4. rumänischen Armee unterstützt. Später nahmen außerdem noch verbündete Kampfverbände aus Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, der Slowakei und Ungarn am Rußlandfeldzug teil.

Die sowjetischen Streitkräfte verfügten zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der Westfront über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen.

Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.

In der Anfangsphase des Ostkrieges wurden die sowjetischen Truppen von der deutschen Wehrmacht fast überall zurückgedrängt. Während die deutsche Luftwaffe alle wesentlichen strategischen Verteidigungsstellungen der Sowjets sturmreif schoß und die Aufmarsch- und Rückzugsstraßen mit vernichtendem Feuer belegte, stürmten die deutschen Panzer- und Infanterietruppen unaufhaltsam vorwärts und legten in nur wenigen Tagen 150-200 km zurück. Die Rote Armee mußte frühzeitig gewaltige Verluste hinnehmen. In den ersten Kriegswochen meldete das Oberkommando der deutschen Wehrmacht täglich neue Erfolge.

Die deutsche Heeresgruppe Mitte begann am 2. Oktober 1941 den Angriff auf Moskau (Unternehmen: "Taifun"). Infolge der dauernden Regenfälle blieb der deutsche Angriff bereits am 7. Oktober 1941 fast völlig im tiefen Schlamm liegen. Endlose Regenfälle verwandelten die Ebenen in eine bodenlose Sumpf- und Schlammwüste. Panzer, Lastkraftwagen, Geschütze, Pferdefuhrwerke und Soldaten blieben im knietiefen Schlamm stecken. Die deutschen Truppen kamen nicht mehr von der Stelle und der Nachschub fiel vielerorts tagelang aus.

Die Truppenbewegungen im Mittelabschnitt der Ostfront wurden bereits am 15. Oktober 1941 durch heftiges Schneetreiben und Schneeverwehungen behindert. Im Hinterland der Ostfront nahm die Partisanentätigkeit ständig zu.

Am 5. Dezember 1941 begann die sowjetische "Kalininfront" mit ihren ausgeruhten und gut-ausgerüsteten Reserve-Armeen eine großangelegte Gegenoffensive. Überall im Norden, in der Mitte und im Süden der Ostfront mußte sich das deutsche Heer anschließend zurückziehen, damit es nicht zur gefürchteten Einkesselung kam.

Hitler forderte die Soldaten der Ostfront am 16. Dezember 1941 zum fanatischen Widerstand auf und erteilte den sogenannten "Halt-Befehl". Hitlers selbstmörderisches Abwehrkonzept der "festen Plätze" und der starren Verteidigung verursachte in den folgenden Kriegsmonaten verheerende Verluste. Weitere unsinnige Durchhalteverfügungen und taktische Fehlentscheidungen bewiesen später in erschreckender Weise, daß Hitler ein vollkommen unfähiger Militärstrategie war.

Die Wehrmachtstruppen waren im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes war der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.

US-Hilfslieferungen: Das neue Leih- und Pachtgesetz ermächtigte US-Präsident Roosevelt am 11. März 1941, alle "bedrohten Staaten", deren Schutz "für die Verteidigung der USA"

wichtig war, mit kriegswichtigen Gütern zu unterstützen. Nach Roosevelts Aussagen sollten die Vereinigten Staaten von Amerika ein "Arsenal der Demokratie" werden. Nach der Genehmigung des Leih- und Pachtgesetzes lieferte die USA praktisch unentgeltlich riesige Mengen von Kriegsmaterial an England und ließ später alle Guthaben der sogenannten "Achsenmächte" einfrieren.

Nordamerikas gewaltige Wirtschaftskraft sollte schließlich, wie im Ersten Weltkrieg, die Entscheidung bringen. Von 1941-45 lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika der Sowjetunion z.B. 8.800 Flugzeuge, 5.200 Panzer und Kampfwagen, 256.000 Lastkraftwagen und sonstige motorisierte Fahrzeuge, 2.500.000 t Lebensmittel und 1.500.000 t Stahl (x038/-1.917/1.918) sowie Flugbenzin, Lokomotiven, verschiedene Handfeuerwaffen, Medikamente und Kleidung im Wert von ca. 11,0 Milliarden Dollar.

Die Nordamerikaner und Briten transportierten von 1941 bis zum Kriegsende 17,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Sowjetunion. Diese Hilfslieferungen glichen die gewaltigen Materialverluste der Sowjets z.T. vollständig aus und wurden erst mehrere Monate nach dem Kriegsende eingestellt.

Obwohl die UdSSR jahrelang enorme Kriegsmateriallieferungen erhielt, erkannte der sowjetische Diktator diese kriegsentscheidende Hilfe Nordamerikas niemals angemessen an, sondern Stalin forderte weiterhin unaufhörlich die "2. Front" im Westen. Erst nach der Invasion der Westalliierten entspannte sich das Verhältnis zwischen den ungleichen Verbündeten. Für die gewaltigen US-Hilfslieferungen leisteten die Sowjets später keine nennenswerten Rückzahlungen.

Ermordung der europäischen Juden: Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.

Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfand, kündigte Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.

Damals nutzten die NS-Behörden für die Durchführung der "Endlösung" grundsätzlich nur Tarnbezeichnungen. In den sichergestellten NS-Schriftstücken wurde jedenfalls später kein Hitler-Befehl gefunden, der eindeutig die Ausrottung der Juden anordnete. Die Deportationen tarnte und verharmloste man meistens als "Umsiedlungen" oder "Arbeitseinsatz im Osten". Die Sicherheitspolizei-, SS- und SD-Dienststellen führten später die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" ein. Himmler untersagte zwar ab 1943 diesen Begriff und ließ andere Bezeichnungen ("Aussiedlung" usw.) verwenden, aber die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" blieb weiterhin ein "fester Begriff" für die physische Vernichtung des europäischen Judentums.

Um die Ermordung der Juden vor der deutschen Bevölkerung zu verheimlichen, wurden alle Vernichtungslager (Auschwitz, Belzec, Kulmhof, Maidanek, Sobibór und Treblinka) in Polen errichtet und von speziell ausgewählten SS-Einheiten geleitet. Die "Endlösung" unterlag außerdem der höchsten Geheimhaltungsstufe des NS-Regimes ("Geheime Reichssache"), so daß man es fast bis zum Kriegsende schaffte, die Ausrottung des Judentums perfekt zu tarnen und zu verheimlichen.

Mit Hilfe der beinahe undurchdringlichen NS-Sicherheitssysteme gelang es jahrelang, die deutsche Zivilbevölkerung zu täuschen, aber die Weitergabe von ausländischen Informationen und Nachrichten (Berichte von polnischen Widerstandsgruppen und ausländischen Geheimdiensten: Fotos von Vernichtungslagern, Zeugenaussagen und sonstige Meldungen) konnten nicht verhindert werden. Die ausländische Öffentlichkeit (vor allem in Nordamerika und Großbritannien) wurde nachweislich frühzeitig über die Vernichtungslager in Polen bzw. den systematischen Völkermord an den Juden informiert. Im Deutschen Reich kursierten während

des Zweiten Weltkrieges zwar viele Gerüchte über das Schicksal der verschleppten Juden, aber Genaueres wußten nur direkte Beteiligte der "Endlösung".

Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen.

Die jüdischen Historiker der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gehen von 6,0 Millionen jüdischen Mordopfern aus. Diese Zahl wird auch regelmäßig von israelischen Regierungsvertretern zitiert (x025/246).

Obwohl die Vernichtung der europäischen Juden etwa seit Juni 1942 in Nordamerika und England bekannt war und die SS- und SD-Einheiten bereits Hunderttausende von wehrlosen Juden massakriert hatten, unternahmen die westlichen Alliierten fast nichts, um die verfolgten Juden zu retten. Es war eine beschämende, unfäßbare Tragödie, denn in fast allen Ländern wurden die ausgestoßenen Juden weiterhin abgewiesen.

Die Rettung der Juden scheiterte überall an bestürzender Gleichgültigkeit und mangelnder Hilfsbereitschaft. Während des Zweiten Weltkrieges interessierte sich eigentlich niemand für den Überlebenskampf des jüdischen Volkes oder war tatsächlich bereit, den Juden zu helfen. Fast alle Staaten und Organisationen waren nicht bereit, die Verfolgten entschlossen und ernsthaft zu unterstützen. Das Internationale Rote Kreuz lehnte es damals grundsätzlich ab, die Betreuung der jüdischen KZ-Häftlinge zu übernehmen (x023/274).

Auch die nordamerikanischen Juden, damals etwa 5,0 Millionen US-Bürger, blieben jahrelang meistens stumm. Die einflußreichen jüdischen Organisationen verhielten sich zunächst ebenfalls abwartend (x023/275).

Aufgrund der damaligen militärischen Lage konnten die westlichen Alliierten den Völkermord an den Juden zwar nicht verhindern, aber sie hätten die gefährdete jüdische Bevölkerung mindestens vor den drohenden Gefahren warnen müssen. Hunderttausende der verfolgten europäischen Juden wären außerdem nicht umgekommen, wenn man sie wenigstens vorübergehend aufgenommen hätte.

Das unchristliche Verhalten der westlichen Alliierten verminderte natürlich nicht die grenzenlose Schuld des NS-Regimes, aber diese "demokratischen Länder" wurden zweifellos wegen unterlassener Hilfeleistung mitschuldig.

1940/41 durften 28.927 Juden in Nordamerika einwandern. Von 1941/42-1944/45 wurden lediglich 28.045 Juden in Nordamerika aufgenommen (x042/12,164). Obwohl Nordamerika nur etwa 10 % der jüdischen Einwanderungsquoten ausschöpfte, lehnte die US-Regierung noch im Jahre 1943 die schwedische Anfrage ab, 20.000 deutsch-jüdische Flüchtlingskinder aufzunehmen, da man angeblich das festgesetzte Einreiselimit nicht überschreiten könnte (x043/470).

Angesichts der unfäßbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes (im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn) in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.

Hitlers "Endlösung" wäre in einem deutschen Rechtsstaat, mit demokratischer Machtkontrolle, Opposition und freier Presse, sicherlich niemals geschehen. Die planmäßige, systematische Massenvernichtung der europäischen Juden konnte nur umgesetzt werden, weil die brutale NS-Diktatur damals jeglichen Widerstand gewaltsam erstickte. Im NS-Verbrecherstaat endete jeder aktive Widerstand sofort im Konzentrationslager. Dieser Völkermord an den europäischen Juden, der bewußt während der dramatischen Wirren des Zweiten Weltkrieges durchge-

führt wurde, hätte in jener Zeit wahrscheinlich in jedem anderen diktatorisch regierten Land durchgeführt werden können (wie folgende Beispiele aus der ersten und zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestätigen):

- Völkermord an den Armeniern in der Türkei (während des Ersten Weltkrieges),
- Lenins und Stalins "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in der Sowjetunion,
- Massenverbrechen im besetzten China durch japanische Besatzungstruppen,
- Verfolgung der Serben in Jugoslawien durch kroatische und bosnische Besatzungstruppen während des Zweiten Weltkrieges,
- Völkermord an den europäischen Juden durch das NS-Regime,
- Verfolgung der Kroaten und Bosnier in Jugoslawien durch die Serben (nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges),
- Befreiungs- und Vertreibungsverbrechen an den Reichs- und Volksdeutschen von 1944-48 in Ost-Mitteleuropa, die sich mehrheitlich in "Friedenszeiten" ereigneten,
- Maos "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in China,
- Pol Pots "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in Kambodscha,
- Kim Il Sung's "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in Nordkorea ...

Die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhobenen Vorwürfe der Kollektivschuld (rechtliche Schuld einer Gemeinschaft bzw. eines Volkes) wurden in den folgenden Jahren offiziell fallengelassen, denn sie widersprachen eindeutig dem allgemeinen Rechtsdenken, das nur die Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt. Die Kollektivschuld und die kollektive Haftung (wie z.B. die Sippenhaft des Stalin- und Hitlerregimes) wurden schließlich in allen demokratischen Staaten als Rechtsbeugung eingestuft.